

DDP-Meldung vom 15.03.2010, 07:32 Uhr

Abgeordnetenwatch.de bringt Kandidaten und Bürger zusammen

Düsseldorf (ddp-nrw). Erstmals stehen die Direktkandidaten des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes ihren Wählern im Internet persönlich Rede und Antwort. Dafür sorgt Gregor Hackmack, Gründer des Internetportals [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de). Alle rund 820 bislang gemeldeten Kandidaten seien vertreten - vom Ministerpräsidenten bis zum Hinterbänkler.

In einem NRW-Wahlkampf ist die Online-Plattform ein Novum. Doch das gemeinnützige Portal ist bereits bei allen Landtags-, Bundestags- und Europawahlen seit 2004 erprobt worden. Zehntausende Fragen seien inzwischen «gepostet» worden, erzählt Hackmack. Das Prinzip ist simpel: Nutzer tippen ihre Fragen ein - Abgeordnete antworten.

Über 200 Fragen an die NRW-Kandidaten seien seit Ende Februar eingegangen. Das größte Interesse gelte den «Hartz IV»-Vorschlägen von SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft und noch mehr Bildungsthemen. Bis zur Wahl am 9. Mai erwartet Hackmack bis zu 3000 Beiträge.

Sämtliche Texte werden vor der Veröffentlichung von Moderatoren gegengelesen. «Eine Zensur findet aber nicht statt», versichert der Portalgründer. Es würden lediglich rassistische und beleidigende Beiträge verhindert. In Zweifelsfällen entscheide ein Schiedsgremium, dem ein früherer Bundesverfassungsrichter angehöre.

Hackmack will mit dem Webangebot weniger bis nicht informierte Wähler erreichen. So erhalten diese neben Foto und Lebenslauf der Kandidaten auch deren Termine. «Damit das Kreuz nachher nicht nur nach der Anzahl der Dokortitel gesetzt wird», schmunzelt Hackmack.

Abgeordnetenwatch diene aber nicht der Eigenwerbung. Darum werde das Frage-Antworten-Verhältnis angezeigt. «So sieht man schnell, wer sich um Antworten drückt», sagt Hackmack. In manchen Bundesländern liege die Antwortquote bei 80 Prozent, in NRW noch bei 49 Prozent. Hackmack merkt jedoch an: «Wir stehen noch am Anfang.»

Eigentlich sollte die NRW-Seite erst Ende März starten. Wegen der bundespolitischen Bedeutung des Wahlkampfes sei der Start vorgezogen worden. «Abgeordnetenwatch schafft Transparenz und genau das wollen die Nordrhein-Westfalen», sagt Hackmack.

Abgeordnetenwatch lässt Platz für die Kandidaten aller Parteien - auch für rechte Gruppierungen wie NPD und Pro NRW. Im Bremen hatten SPD und Linkspartei darum die Plattform boykottiert, genauso wie ein Grünen-Kandidat vor den Bundestagswahlen 2009. Hackmack verteidigt die Offenheit des Portals. Man maße sich nicht an, Parteien nicht zuzulassen. «Wir sind nicht das Bundesverfassungsgericht», sagt er. Außerdem würde ein Teilnahmeverbot dem Ruf der Unparteilichkeit schaden.

Allerdings, fügt Hackmack hinzu, werde auf Beiträge zweifelhafter Parteien besonders ein Auge geworfen. Bei wiederholten Verstößen erfolge der Ausschluss, zunächst einzelner Kandidaten, gegebenenfalls auch ganzer Parteien. So sei es einmal in Thüringen bei der NPD gewesen.

Der Duisburger Politologe Timo Grunden begegnet den Wahlkampf-Aktivitäten im Internet grundsätzlich mit Skepsis. «Die Möglichkeiten werden in Deutschland dramatisch überschätzt.» Die Onlinepräsenz der Kandidaten ersetze den traditionellen Wahlkampf mit Plakaten und Haustürbesuchen nicht. Wer einschlägige Internetangebote aufsuche, verfüge meist über ein politisches Vorwissen. Politikferne Menschen damit zu erreichen, dürfte sehr schwer fallen.

Nach der Wahl soll [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) keinesfalls ihren Dienst erfüllt haben. «Später vergleichen wir die Antworten mit dem Abstimmungsverhalten im Landtag», kündigt Projektgründer Hackmack an.

(ddp)

© ddp Deutscher Depeschendienst GmbH

Direkt-Link:

<http://www.derNewsticker.de/news.php?id=178055&i=jaiakp>

Der Inhalt dieser Seite ist nur für die persönliche Information bestimmt. Kommerzielle Nutzung ist nicht gestattet. Weitere Rechte vorbehalten.